

# Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Komintern)

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexandersstr. 28, Tel.: E 1 Berolina 5481.  
Tel.-Adr.: Rote Fahne Berlin. Postl.: Berlin. Zeitungsvorlage GmbH,  
Berlin C 25, Al. Alexandersstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 676.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: Expedition G. m. b. H., Kurfürst 1825/26. Sch...  
Verantwortl.: B 1 16 Uhr.

Bezugspreis vorauszahlb. pro Woche 60 Pf., monatl. 2,60 M., einjährl. 26,40 M.;  
Trägerlohn in Berlin u. Ostpr. m. d. Post. Postbezug auschl. Postgeb. 2,60 M.;  
Streisand im Inland 4,20 M.; n. d. Ausland 4,50 M.

Begründet von  
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12gep. Blätterzeitung...  
Kleinere Anz.: Textwort 20 Pf., Überschriftsw. 30 Pf. Anz. wochentl. 15 Pfennig

„Aus euren Fabriken kommt der Tod...“  
Heute die Antikriegs-...  
Mittwoch der Rote Post...  
20 Seiten 1 15 Pfennig

## Unternehmer planen neuen Lohnabbau für Millionen

# Kommunistische Herausforderung an Severing

Genosse Willi Kasper fordert Severing heraus, am kommenden Montag in der „Neuen Welt“ seine Politik in der Diskussion vor den Berliner Arbeitern zu verteidigen! — Abrechnung mit der preußischen Notverordnungsdictatur!

Der Vorsitzende der kommunistischen Fraktion des Preussischen Landtages, Genosse Willi Kasper, hat an den sozialdemokratischen Polizeiminister Severing die Herausforderung gerichtet, am kommenden Montag im Saal der „Neuen Welt“ zu erscheinen und sich bei freier Redezeit in der Diskussion für seine Notverordnungsdictatur zu verantworten.

Die Sozialdemokratie hat die Minister Braun und Severing als Spitzenkandidaten ihrer sämtlichen Landtagslisten aufgestellt. Die sozialdemokratischen Parteipolitiker Braun und Severing haben als Minister aber den vollen Schutz der Notverordnung auf ihrer Seite. Die SPD führt also den Wahlkampf unter Deckung der Notverordnungen. Jede schärfere Kritik der Spitzenkandidaten der Sozialdemokratie, jede schärfere Kritik ihrer Politik fällt unter die Notverordnung. So mußten auch aus dem nachfolgenden Schreiben des Genossen Willi Kasper an Severing einige Stellen gestrichen werden, um bei der „Freiheit“ des Wahlkampfes nicht ein Verbot der „Roten Fahne“ zu ermöglichen.

Die Berliner Arbeiterschaft wird am kommenden Montag sehen, ob Herr Severing es wagen wird, vor einer revolutionären Arbeiterversammlung seine Politik zu verteidigen!

### Anklage gegen Severing-System

In der Herausforderung des Genossen Kasper heißt es:

Herr Severing! Ihre Partei hat Sie, den Inhaber der Polizeigewalt, und den Ministerpräsidenten Braun als die Verfechter der seit dreizehn Jahren in Preußen betriebenen Koalitionspolitik an die Spitze ihrer sämtlichen Wahlvorschläge gestellt und zu ihrer Wahlparole gemacht. Das System Braun-Severing steht zur Entscheidung!

Ich fordere Sie heraus, mit mir vor die Berliner Arbeiteröffentlichkeit zu treten und über das System Ihrer Politik

am Montag, dem 4. April, abends 8 Uhr, in der „Neuen Welt“, Sassenheide,

zu diskutieren. Sie sollen Gelegenheit haben, vor der Arbeiterklasse, zu der Sie sich — um mit den Worten Ihres Sprachorgans, des „Vorwärts“, zu reden — „mit schlichter Selbstverständlichkeit“ bekennen, Ihre Politik, das System Braun-Severing, zu verteidigen.

Die Zusicherung gebe ich Ihnen, daß Sie frei und ungehindert und ohne zeitliche Beschränkung Ihre Verteidigung führen können. Dafür verbürge ich mich voll und ganz. Daß Sie jedoch auch mit der Verteidigung Ihres Systems Erfolg bei der Arbeiterklasse haben werden — diese Zusicherung kann ich Ihnen allerdings nicht geben. So sehr ich Ihre aus diesem Grunde äußerst prekäre Lage voll zu würdigen weiß, bin ich der Meinung, daß Sie trotzdem die Ihnen vor mir gebotene Gelegenheit ergreifen sollten. Ein Mann, der den Mut hat, Ihren Polizeikurs zu treiben, der sollte auch den politischen Mut haben, vor den proletarischen Massen seine Politik zu verteidigen.

Die dank Ihrer Politik in der heutigen Lage bedrückten Proleten haben nicht vergessen, welchen Sinn Ihre Koalitionspolitik hatte. Ihr verkorbener Parteifreund und Ministerkollege Saenisch sprach es offen aus:

„Dadurch, daß wir Mehrheitssozialisten in jenem Augenblick (im November 1918) ... den revolutionären Erfolg aufgegeben haben, haben wir uns um das Land sehr verdient gemacht.“

Unvergessen ist Ihnen, Herr Severing, die Art und Weise, wie Sie und Ihr verkorbener Parteifreund Göring im Jahre 1921 das mitteldeutsche Proletariat niederschlugen liegen.

Unvergessen ist Ihr Bruch des Bielefelder Abkommens.

Unvergessen ist auch die Rolle, die Sie und das von Ihnen vertretene System in der großen Inflationskrise zugunsten der Bourgeoisie gegenüber dem Proletariat gespielt haben. Haben Sie selbst nicht durch das Führen einer völkerverhetzenden Auslassung in der Rede vom 21. Januar 1923 rühmend hervorgehoben:

„Preußen gab dem Reiche die Lösung an, als das Kabinett Stresemann der sozialistischen

kommunistischen Wirtschaft in Thüringen und Sachsen ein Ende machte. ...“

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die Kleinrentner, die Kleinrentner, die freien Berufsleute, die Erwerbslosen, Kriegsveteranen, Sozialrentner und Wohlfahrtsempfänger, kurzum alle die Millionenmassen, die die Opfer der Notverordnungsdictatur sind,

### klagen Sie an:

daß lediglich durch die aktive und nachdrückliche Unterstützung, die das Kabinett Braun-Severing und die Sozialdemokratische Partei der Notverordnungsdictatur Sündenbürgen und Brüllings gewährt, die Pläne der Großbourgeoisie verwirklicht werden konnten;

daß das System Braun-Severing durch die Erhöhung des Polizeetat von 105 auf 115 Millionen und des Justizetat auf 394,5 Millionen, durch die Anwendung der „Gummiknüppel und härterer Waffen“, durch Ihre Schieberlässe die Herrschaft des gegenwärtigen kapitalistischen Systems sicherte.

Die Opfer des Systems Braun-Severing und der durch dieses ermöglichten Notverordnungsdictatur

### klagen Sie an,

daß Sie in der Tat durch Verbot des roten Frontkämpfer-Bundes, durch Verbote der proletarischen Presse, durch Versammlungs- und Demonstrierverbote und durch Verhinderung sonstiger Maßnahmen des proletarischen Selbstschutzes faschistische Maßnahmen gegen das werktätige Volk durchführten.

Die Arbeiterschaft Berlins und ganz Preußens erhebt gegen Sie und das System Braun-Severing die Anklage,

dem Hitlerfaschismus ein Wegbereiter zu sein.

Die zur Räumung der Stadt gewordenen Staatskommissare, die Bürgermeisterdictatur, das Gesetz Berlin, das Polizeiverwal-

### Aus dem Inhalt:

Nazis morden in Charlottenburg  
„Vorwärts“ an der Spitze der Kriegshetze  
Grzesinski verbietet Thälmann-Staffette

tungsgesetz, die gesamte Verwaltungspraxis und Exekutive der von Braun und Ihnen geführten Regierung sind faschistisch.

Die hungernden Erwerbslosen, Kriegsveteranen, Sozialrentner und Wohlfahrtsempfänger erheben voller Erbitterung gegen Sie den schweren Vorwurf, durch Ihre „Sparverordnungen“ weit über die Brüning-Verordnungen hinaus den Sozial- und Kulturbau im Staat und in den Gemeinden auf die Spitze getrieben zu haben.

Sie haben zugunsten der Kapitalisten Polizeikräfte in zahlreichen Wirtschaftskämpfen der Industrie- und Landwirtschaft eingesetzt, als die Arbeiter gegen Lohnabbau kämpften.

Ich bedauere nur, durch die von Ihnen inspirierten politischen Bestimmungen der Notverordnungen und durch die Art ihrer Anwendung durch Sie und Ihren Parteifreund Grzesinski an dieser Stelle verhindert zu sein, die Anklagen nicht noch zureichender kennzeichnen zu können.

Sie sollen, wie gesagt, Gelegenheit haben, sich gegenüber den schmerzenden, nur zu berechtigten Vorwürfen, die die Arbeiterklasse gegen Sie und Ihr System erhebt, zu rechtfertigen — wenn Sie es können. Sie werden dabei allerdings auch Gelegenheit haben, aus dem Munde von Arbeitern das Urteil über Ihre Politik zu hören.

Willi Kasper  
Mitglied des Landtags

# Ein Schlag gegen 100 000 Berliner Arbeiter

Die Tarife zum 1. Mai gekündigt — Alle häftlichen Arbeiter in Tarifbewegung

Die von uns vor kurzem gebrachte Mitteilung über Massenrücktritte von Lohn- und Manteltarifen am 1. April bewahrheitet sich trotz aller Demüts. An der ersten Stelle steht Berlin. Der sozialdemokratisch-bürgerliche Magistrat der Stadt Berlin hat die Tarife sowohl für die Kammerearbeiter, als auch für die Arbeiter und Angestellten der häftlichen Güter, der BSW, und der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke zum 1. Mai gekündigt. Über 50 000 Arbeiter und Angestellte sind allein von dieser Kündigung betroffen.

Nebenbei liegen in Berlin Rücktritte für verschiedene Gruppen der Transportarbeiter, für die Bauarbeiter und für andere vor.

Der Arbeitgeberverband der Kommunalbetriebe hat den Reichsmanteltarif der Gemeindearbeiter und kommunalen Straßenbahner zum 30. April gekündigt. In einer Reihe von Bezirken, darunter Berlin, ist auch das Lohn-

abkommen zum 30. April gekündigt. In Rheinland-Westfalen ist der Tarifvertrag der Gemeindeangestellten ebenfalls zum 30. April gekündigt worden.

Der Fachsenverband der Ruhrindustriellen hat den Manteltarif für den Ruhrbergbau zum 31. Mai gekündigt; aller Wahrscheinlichkeit nach wird am 1. Mai ebenfalls zum 31. Mai der Lohnarif gekündigt werden. Auch im Oberschlesischen Steinkohlenbergbau ist eine Tarifkündigung für den 31. Mai beabsichtigt. Die Schwerindustrie kündigt die Lohnarif zum 31. Mai und nicht zum 1. Mai, um — wie die getrigge „Kölnische Zeitung“ mittelt — „während der Wahlzeit möglichst Beunruhigungen durch Lohnarifrücktritten zu vermeiden.“

Wie wir schon berichtet haben, sind zum 1. Mai die Tarife der Bauarbeiter, der Tabakarbeiter, der Buchdrucker und verschiedener Angestellten Gruppen gekündigt worden.

Die Unternehmer planen einen neuen radikalen Lohnabbau. Die Gewerkschaftsführer werden tun, was sie bisher getan haben, sie werden den Lohnabbau hinhinziehen und jede Widerstandsbewegung in der Arbeiterklasse zu erstickend versuchen.

Es gibt nur eine Kraft, die der Lawine des Lohnabbaues Einhalt bieten kann. Das ist die Kampfraft der roten Massenfront. Diese Kraft gilt es einzusetzen. Am 10. und am 24. April demonstriert diese Front durch Stimmabgabe für den Kommunismus die Bereitschaft zum Widerstand, zum Kampf gegen den Lohnabbau, gegen den Unterstützungsabbau, gegen die Notverordnungsdictatur und ihre sozialfaschistischen Lakaien, für die Arbeitermacht.

### Kandidat Nummer 3 wird gewählt

Vergangene Nacht um 12 Uhr ist die Frist für die Einreichung der Vorschläge zur zweiten Reichspräsidentenwahl am 10. April abgelaufen. Da der „Betriebsanwalt“ Winter auf seine lächerliche Kandidatur verzichtet hat, bleiben am 10. April offiziell drei Kandidaten zur Wahl: Thälmann, Hindenburg und Pöhlke. Der alphabetischen Reihenfolge nach steht der erste Arbeiterkandidat an dritter Stelle.